

Zum Interview mit Joschka Fischer treffen wir uns in einem Sitzungsraum seines Kölner Buchverlags – an einer extralangen Tischreihe, die in etwa die Ausmaße jenes schneeweißen Möbelungetüms hat, an dem der russische Präsident Wladimir Putin in den letzten Wochen Staatsgäste auf Distanz hielt. Das geht auch anders. Wir sitzen Fischer an der schmalen Tischseite direkt gegenüber.

VON MARTIN SCHOLZ

WELT AM SONNTAG: Ihr neues Buch „Zeitenbruch“ hatten Sie fertig, wenige Wochen bevor der Angriffskrieg auf die Ukraine begann. An einer Stelle heißt es: „Putin wird klug genug sein, nicht das Territorium eines Nato-Mitglieds anzugreifen...“.

JOSCHKA FISCHER: Wollen wir es hoffen ...

Gilt Ihre Einschätzung noch heute? Ich hoffe, dass dieser Satz nach wie vor gilt. Vor allen Dingen hoffe ich, dass es in der Generalität in Moskau noch diesen Respekt aus sowjetischen Zeiten vor den Nato-Grenzen gibt – mit den Abschreckungsmechanismen des Kalten Krieges. Es war jedenfalls die richtige Entscheidung der Nato, nach Putins Überfall auf die Ukraine, die Ostflanke militärisch zu verstärken.

Ein Angriff auf die Ukraine, prognostizieren Sie im Buch, würde den Gasmarkt verrücktspielen lassen und in Europa eine Versorgungskrise auslösen. Ihr Parteikollege, Vizekanzler

„Habeck ist nicht zu beneiden“

Ex-Außenminister Joschka Fischer über Putin, Schröder und die Verteidigung Europas



AFP VIA GETTY IMAGES/GOD ANDERSEN

Joschka Fischer
Ex-Außenminister

1982 trat Fischer den Grünen bei. Von 1998 bis 2005 war der heute 73-Jährige Außenminister und Vizekanzler der rot-grünen Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD). Fischer lebt in Berlin, wo seine Beratungsfirma Joschka Fischer & Company ihren Sitz hat. Am 23. März erscheint sein Buch „Zeitenbruch“ (Kiepenheuer und Witsch).

Robert Habeck, versucht derzeit, genau das zu verhindern. Das ist eine Riesenverantwortung der jetzigen Bundesregierung. Robert Habeck ist wirklich nicht zu beneiden angesichts der Herausforderungen. Aber, man kann sich nicht aussuchen, in welchen Zeiten man regiert.

Habeck steht unter Druck, weil viele einen sofortigen Lieferstopp von russischem Gas und Öl fordern. Er wiederholt gebetsmühlenartig, dass Deutschland die Folgen derzeit nicht durchhalten würde. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert „Frieren für den Frieden“. Ist all das zielführend?

Es geht jetzt nicht ums Frieren für den Frieden. Es geht um viel mehr – um die industrielle Basis unseres Landes. Um eine drohende Massenarbeitslosigkeit,

Preisexplosionen oder Versorgungsengpässe, die ein sofortiger Stopp russischer Energieimporte zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit sich brächte. Robert Habeck muss eine mehrfache Last schultern – unsere Energieversorgung sicherstellen, uns von Russland abkoppeln und unter hohem Zeitdruck auf erneuerbare Energien umstellen.

In der rot-grünen Regierung waren Sie und Gerhard Schröder bei Entscheidungen über den Bundeswehreininsatz im Kosovokrieg 1999 ein Team. Heute ist der Altkanzler wegen seiner engen wirtschaftlichen und persönlichen Kontakte zu Russland und Putin eine Persona non grata. Verstehen Sie, was ihn umtreibt? Ich möchte mich dazu nicht äußern. Wir haben sieben Jahre zusammengearbeitet, sehr gut zusammengearbeitet, wie ich finde. Aber was das Verhältnis zu Russland betrifft, hatte ich eine andere Position als er. Und was die Energiepolitik betrifft, hatte ich eine völlig andere Position als er. Dabei will ich es bewenden lassen.

Eine Frage noch zu Schröders eigenwilligen Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Krieg. Sein Treffen mit Putin in Moskau hat viele irritiert. Kein Kommentar.

Als grüner Außenminister mussten Sie erstmals eine Beteiligung der Bundeswehr an Nato-Einsätzen im Kosovokrieg verantworten. 1999 wurden Sie deshalb auf einem Parteitag mit einem Farbbeutel beworfen. Seitdem haben sich die Zeiten geändert.

Was ging Ihnen durch den Kopf, als Annalena Baerbock nach Putins Angriffskrieg vor den UN Klartext sprach und Russland dreiste Lügen vorwarf?

Annalena macht eine hervorragende Arbeit. Sie ist eine glänzende Vertreterin unseres Landes und hat eine großartige Rede vor den Vereinten Nationen gehalten – auch dass sie im Anschluss daran die richtigen außenpolitischen Schwerpunkte setzte, in den westlichen Balkan nach Sarajevo und Moldau an der Grenze zur Ukraine reiste, war richtig. Sie gehört einer neuen, jungen Politikergeneration an. Sie verdient unser aller Unterstützung. Das gilt auch für Robert Habeck. Und ich sage das jetzt ausdrücklich nicht aus parteipolitischer Solidarität. Die beiden machen eine hervorragende Arbeit. Ich kann in etwa nachvollziehen, unter was für einer Belastung sie beide stehen.

„Was der Grüne Joschka Fischer im Balkan begann, muss die Grüne Annalena Baerbock jetzt in der Ukraine vollenden“, schrieb Mathias Döpfner, der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer SE, in WELT. Er forderte eine konzeptionelle Neuorientierung deutscher und damit europäischer Außenpolitik. Wie müsste diese aussehen angesichts eines Krieges, dessen Verlauf und Ausgang schwer vorhersehbar sind? Die EU wird unter dem Druck der Ereignisse viel mehr zum geopolitischen Akteur werden müssen. Das Haupthindernis – die bisherige deutsche Weigerung, sich angemessen an der Verteidigung zu beteiligen – ist weg, seit Olaf Scholz 100 Milliarden Euro in die Bun-

deswehr investieren will. Insofern bin ich voller Optimismus, dass es mit der Neuausrichtung der deutschen wie der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik vorangeht. Wir Europäer sollten jedoch keine Weltmachtrolle anstreben. Das würde uns überfordern. Andererseits müssen wir für unsere Sicherheit sorgen. Wir müssen als Europäer so stark werden, dass mögliche Aggressoren es sich zweimal überlegen, ob sie es wagen, unsere Sicherheit zu gefährden. Es ist zu früh, in die Details zu gehen, noch tobt dieser Krieg, noch bezahlen die Ukrainer einen schrecklichen Preis.

Der israelische Historiker Yuval Noah Harari sagte in einem YouTube-Clip: Er als Jude, Israeli und Enkel von Holocaust-Überlebenden könne es nicht mehr hören, dass Deutschland wegen des Holocausts und des Zweiten Weltkriegs nichts mehr mit Krieg zu tun haben wolle. „Wir wissen, dass ihr keine Nazis seid. Deutschland muss jetzt ganz vorn dabei sein im Kampf für die Freiheit und Demokratie.“ Auch das ist Ausdruck einer Zeitenwende – was macht das mit Ihnen?

Er hat recht. Es geht künftig ja auch nicht um eine Remilitarisierung der Außenpolitik. Es geht um unsere Verteidigungsfähigkeit. Mit „uns“ meine ich nicht nur Deutschland. Wir sind in der Mitte Europas gelegen, eingebettet in unsere Bündnisse. Die Deutschen begreifen jetzt, dass unsere Sicherheit auch die Sicherheit unserer Nachbarn miteinschließt. Das heißt, dass wir voneinander abhängen.



„Ich finde die neue Schule besser als meine alte“, sagt Sascha (r.), elf Jahre. Seit Montag besucht der Ukrainer das Berliner Otto-Nagel-Gymnasium. Robert (l.) ist sein Pate und übersetzt für Sascha ins Russische

KATRINA STREICHER

Der elfjährige Robert steht vor dem Sekretariat des Otto-Nagel-Gymnasiums in Berlin-Marzahn und wartet darauf, dass Sascha um die Ecke biegt. Vor einer Woche ist Sascha mit seiner Tante aus einem Dorf in der Westukraine geflohen. Sie bringt ihn nun morgens Punkt Viertel vor acht in die Schule. „Sobald wir uns getroffen haben, kann Sascha mir dann hinterherlaufen“, sagt Robert. „Die Schulgänge, die Klassenräume, das muss ja für ihn alles so verwirrend sein.“

VON FREIA PETERS UND SABINE MENKENS

Roberts Mutter ist Russin, er übersetzt für Sascha. Dessen Muttersprache ist zwar Ukrainisch, aber Russisch versteht er gut. Auf die Frage, wie es ihm gehe, lässt er übersetzen: „Ich finde die neue Schule eigentlich besser als meine alte.“ Die Jungs lächeln und stoßen Fäuste gegeneinander. Für den Rest des Tages wird Robert nicht mehr von Saschas Seite weichen.

Vizedirektorin Dana Wolfram unterbricht die Online-Schulleiterkonferenz, in der diskutiert wird, wie den ukrainischen Kindern das U-Bahn-Fahren ermöglicht werden kann, bevor sie in einigen Wochen ihre kostenlose Schülerkarte bekommen. „Wir müssen jetzt pragmatische Lösungen finden und auf dem Schülerausweis den Hinweis vermerken, dass es sich um einen ukrainischen Flüchtling handelt“, sagt Wol-

fram, „dann wird schon niemand meckern im Bus.“ Vier Kinder aus der Ukraine gehen, begleitet von russischsprachigen Paten, seit Beginn der Woche auf ihre Schule. Erwartet werden deutlich mehr. Wolfram hat dem Schulleiter zugesagt, eine Willkommensklasse einzurichten: „Das wird zwar holprig, aber Solidarität ist jetzt das Gebot der Stunde.“

Gesucht wird nun ein Willkommenslehrer, der Deutsch als Fremdsprache unterrichten kann. „Wenn sich unter den Geflüchteten eine Lehrkraft befindet, ist diese natürlich auch herzlich eingeladen, sich zu bewerben“, sagt Wolfram. Die Stelle ist auf ein Jahr begrenzt. „Wir gehen schon davon aus, dass die Kinder auf Dauer bleiben, sie sollen schließlich in unsere Schule integriert werden“, sagt die Vize-Schulleiterin. „Nach einem Jahr werden die Kinder aber dann in die Regelklassen wandern.“ Zusätzlich werden ehemalige Schüler in Deutsch unterrichten – außerhalb der Unterrichtszeit.

130 WILLKOMMENSLEHRER

Robert und Sascha sitzen mittlerweile im Englisch-Unterricht. Sascha hat bereits fünf Jahre Englisch in der Ukraine gelernt. Die Kinder wiederholen Aussagen nach dem Kofferpackprinzip. Sie sollen lernen, Sätze im Präsens zu verneinen. „I don't like horror clowns“, sagt Robert, und Sascha ergänzt: „Robert doesn't like horror clowns and I don't like English.“ Alle Kinder lachen.

Saschas Tante hatte sich direkt an die Schule gewandt. So machen es zahlrei-

Alles auf Integration?

Mindestens 200.000 Flüchtlinge aus der Ukraine sind bereits in Deutschland, ein Großteil sind Kinder. Nun wird heftig darüber debattiert, wie sie am besten unterrichtet werden sollten

che Geflüchtete. Viele kommen mit einem Touristenvisum, berichtet Martin Klesmann, Sprecher des Bildungssektors. „Wir können diese Menschen nicht sofort dazu bringen, sich zu registrieren, deshalb fehlt uns derzeit noch eine Gesamtübersicht.“ Rund 2000 zusätzliche Plätze kann Berlin in der Grundschule und Mittelstufe anbieten, 1000 weitere an Berufsschulen. Die Ausschreibungen von etwa 130 Stellen für Willkommenslehrkräfte laufen. „Die Hilfsbereitschaft der Schulen ist enorm“, sagt Klesmann. „Wir alle rechnen damit, dass viele der Kinder und Jugendlichen in Deutschland ankomm-

en müssen. Die Frage der Rückkehr ist ja völlig offen.“ Die meisten Bundesländer wollen auf die in der Flüchtlingskrise 2015 erprobten Strukturen der Willkommens- und Integrationsklassen zurückgreifen, wie eine Umfrage von WELT AM SONNTAG ergab. Um die Aktivitäten zu koordinieren, hat die Kultusministerkonferenz (KMK) eine Taskforce gegründet. Offiziellen Vertretern der Ukraine sind diese Bemühungen jedoch ein Dorn im Auge. „Die sogenannten Integrationsklassen würden für die ukrainischen Kinder eine Wand des Unverständnisses, das Gefühl der Minderwertigkeit

und des geringen sozialen Schutzes bedeuten“, sagte kürzlich die ukrainische Generalkonsulin Iryna Tybinka in einer Rede vor den Kultusministern. „Wir flehen Sie an: Finden Sie andere Wege, diesen Kindern eine ukrainische Bildung zu ermöglichen.“

Tybinka geht davon aus, dass sich die meisten maximal ein Jahr in Deutschland aufhalten. Die Kinder sollten deshalb nach ukrainischen Lehrplänen unterrichtet werden. „Ansonsten bekommen wir eine Generation von Kindern, die aus der ukrainischen Umgebung nicht nur durch Russlands Krieg, sondern auch durch Deutschlands Schutz herausgerissen sind.“

Man habe zwar großes Verständnis dafür, dass das ukrainische Volk sich in seiner Identität existenziell bedroht fühle, sagt die KMK-Vorsitzende Karin Prien (CDU), Bildungsministerin in Schleswig-Holstein. „Putins Ziel scheint es zu sein, die ukrainische Identität auszulöschen. Indem wir Kindern und Jugendlichen helfen, diese Identität zu bewahren, können wir ein Stück weit dabei mithelfen, dass Putin sein Ziel nicht erreicht“, sagte Prien WELT AM SONNTAG. Und dennoch: „Ich glaube aber, dass es falsch wäre, ein zweites Schulsystem in Deutschland zu etablieren. Das könnten wir auch gar nicht leisten.“ Schüler von Abschlussklassen sollen zwar durchaus die Möglichkeit erhalten, über Online-Schulen einen ukrainischen Abschluss zu machen. „Das enthebt uns aber nicht von der Verpflichtung, ihnen auch die Möglichkeit zu geben, Deutsch zu lernen“, meint Prien.

„Denn wir wissen nicht, wie lange die Menschen bei uns bleiben.“

Ähnlich sieht es Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP). Die nach Deutschland geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine bräuchten nicht nur Sicherheit, sondern auch eine Perspektive. „Ziel muss sein, eine gute Balance zu finden zwischen der Integration in unser Bildungssystem und der Bewahrung der ukrainischen Identität.“ Digitale Formate könnten helfen, ein Stück ukrainischen Unterricht nach Deutschland zu holen.

Den Ansatz einer raschen Integration ins deutsche System sehen auch Lehrer skeptisch. Man müsse sich auf verschiedene Szenarien einstellen, sagt Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. „Dass man Kinder in einen intensiven deutschen Sprachunterricht schickt, deren Eltern möglichst bald wieder in die Heimat zurückkehren wollen, ist wohl nicht zielführend“, meint Meidinger. „Es muss natürlich um die Anschlussfähigkeit an das ukrainische Schulsystem und eine in diesem Sinn zu nutzende Schulzeit gehen.“

MISCHSYSTEM DENKBAR

Wie wahrscheinlich ist es, dass die Geflüchteten nur übergangsweise hier sind? „Je länger sie bleiben, umso wichtiger ist es, dass sie auch die deutsche Sprache erlernen“, sagte Udo Beckmann, Chef des Verbandes Bildung und Erziehung. „Mit Blick auf vergangene Fluchtbewegungen sollten wir darauf vorbereitet sein, dass ein Teil der Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland bleiben will.“ Beckmann schlägt daher ein Mischsystem vor. „Denkbar sind etwa Willkommensklassen, in denen Deutsch als Zweitsprache unterrichtet wird und in denen ukrainische Lehrkräfte parallel muttersprachliche Angebote machen.“ Dabei könne man auch auf digitale Plattformen aus der Ukraine zurückgreifen, wo dies möglich sei.

Derweil gedeihen Privatinitiativen. In München hat der Rechtsanwalt Christian Steinpichler in den Konferenzräumen eines Hotels eine private Schule aus dem Boden gestampft. Nach der Anfrage einer ukrainischen Mandantin holte der Anwalt einige seiner Klienten ins Boot, unter anderen den Gastronomen Michael Käfer. 240 Schüler werden nun von deutsch-ukrainischen Lehrkräften unterrichtet, ab nächster Woche sind es 400. Auch Heilpädagogen und Kinderpsychologen sind involviert. „Wir haben zunächst einmal den Kindern ermöglicht, über das Erlebte zu sprechen und mit der Verarbeitung zu beginnen“, berichtet Steinpichler. Dann sei der Wissensstand erhoben worden. „Die Kinder sind in Naturwissenschaften mehrheitlich tippptopp.“ Die Sprachkenntnisse hingegen seien schwach, auch in Englisch. Über den Vorschlag der Generalkonsulin kann Steinpichler nur lachen. „Das ist Frage drei vor Frage eins. Die Kinder müssen erst einmal Deutsch lernen!“

Die Nachnamen der Kinder werden aus Schutzgründen nicht genannt.